

Gesellschaftsordnung und Bündniszugehörigkeit und kann weiteren Schritten auf dem Wege der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit dienen. Ungeachtet aller weltanschaulichen und politischen Unterschiede muß, wie Michail Gorbatschow nach Abschluß des Besuches betonte, im Mittelpunkt jeder Politik die Sorge um das Überleben der Menschheit stehen. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein, eigene Sicherheit darf nicht auf Kosten anderer gewährleistet werden.

In Übereinstimmung mit der von ihr selbst verfolgten Politik unterstützt die DDR die in der Erklärung enthaltenen Standpunkte zur Vertiefung und Fortführung des Abrüstungsprozesses. Sie mißt dem Bekenntnis zur Achtung der territorialen Integrität, Souveränität und Sicherheit eines jeden Staates, dem Recht aller Staaten auf freie Wahl ihres Gesellschaftssystems und der Achtung des Selbstbestimmungsrechts und der Normen des Völkerrechts besondere Bedeutung bei. Die DDR stimmt mit der von Michail Gorbatschow zum Ausdruck gebrachten Position überein, daß gerade die Völker Europas in radikaler Abrüstung auf konventionellem Gebiet, bei den nuklearen Kurzstreckensystemen sowie bei chemischen Waffen ihr ureigenstes Lebensinteresse sehen.

Das Politbüro unterstreicht seine volle Übereinstimmung mit der offiziellen Mitteilung des Politbüros des ZK der KPdSU zum Besuch Michail Gorbatschows, in der dessen Bedeutung für die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD und darüber hinaus für ganz Europa hervorgehoben wird. Sie seien Bestandteil bei der Errichtung des gesamteuropäischen Hauses. Die offizielle Feststellung des Politbüros des ZK der KPdSU, daß die Gemeinsame Erklärung »die Ideen des Moskauer Vertrages unter den neuen Bedingungen weiterentwickelt und auf Festhalten an der entstandenen Nachkriegsordnung und der Unverletzlichkeit der Grenzen basiert, stellt einen gewichtigen Beitrag zur Modernisierung der europäischen und internationalen Beziehungen insgesamt dar« - diese Feststellung ist eindeutig und läßt für Spekulationen irgendwelcher Art, sei es auch in Regierungserklärungen Bonns, keinen Raum.

Der Friedensmission der Deutschen Demokratischen Republik entspricht es, alles dafür zu tun, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Das ist auch die Leitlinie unserer Aktivitäten, die anlässlich des Gedenkens an den von den Hitlerfaschisten vor 50 Jahren entfesselten zweiten Weltkrieg festgelegt worden sind.

Nie werden wir die 50 Millionen Toten des zweiten Weltkrieges vergessen, die der Eroberungswahn Nazideutschlands forderte. Unvergessen bleibt der Heldenmut der Kämpfer der Sowjetunion und der anderen Mächte der Antihitlerkoalition bei der Niederschlagung der braunen Be-